

## **Wahlprüfsteine des BUND Sachsen e.V. – Antworten**

**15.09.2017 - Susann Rührich - SPD**

### **1. Werden Sie sich im Bundestag für den Ausstieg aus der Braunkohlenutzung bis spätestens 2025 einsetzen?**

-Nein

Kommentar: Deutschland muss seinen Beitrag zur Erreichung des Pariser Klimaschutzabkommens leisten und als eines der technologisch führenden Industrieländer der Welt eine Vorreiterrolle einnehmen. Dazu ist auch ein zielstrebiges Ausstieg aus der Braunkohleverstromung nötig. Die Energiewende kann aber nur gelingen, wenn sie auf die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger trifft. Dafür müssen in den bisherigen Braunkohlerevieren wirtschaftlich und sozial ebenso wie ökologisch tragfähige Perspektiven geschaffen werden. Ich werde mich gemeinsam mit der SPD Sachsen weiter dafür einsetzen, neue Industrien in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen anzusiedeln und zu fördern. Dabei geht es nicht nur um Unternehmen, die sich mit der Erzeugung und Vermarktung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen beschäftigen, sondern auch um solche, die Konversionstechnologien (z.B. Power-to-Gas) oder Speichertechnologien entwickeln. Der schrittweise Ausstieg aus der Braunkohleverstromung sollte zügig geschehen, ein festes Ausstiegsdatum ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen gefährdet jedoch die Akzeptanz der Energiewende.

### **2. Werden Sie sich deshalb für die Aufnahme wichtiger sächsischer Bahnprojekte wie der Elektrifizierung der Relation Leipzig – Chemnitz oder Dresden – Görlitz in den BVWP 2030 aussprechen?**

-Ja

Kommentar: Chemnitz ist mit Abstand die größte deutsche Stadt ohne direkten Anschluss an das IC-/ICE-Netz. Das muss sich dringend ändern! Auch die Verbindungen nach Polen und Tschechien müssen deutlich attraktiver werden, wozu die Elektrifizierung der Strecke zwischen Dresden und Görlitz gehört. In der vergangenen Legislaturperiode hat die SPD-Bundestagsfraktion ein umfassendes Maßnahmenpapier entwickelt mit dem Ziel, die Schienenkapazitäten in Deutschland bis 2030 zu verdoppeln. Darüber hinaus gehört zum Schienenausbau, dass die Bahn leiser fährt. Wir müssen in Lärmvermeidung – und schutz investieren, damit die Akzeptanz der Bevölkerung für den Ausbau des Schienenverkehrs vorhanden bleibt. Für diese Ziele werde ich mich weiter einsetzen. Im Sinne der Bür-

gerinnen und Bürger und im Sinne einer erfolgreichen ökologischen Verkehrswende.

**3. Werden Sie sich für eine Agrarwende stark machen, die den Biodiversitätsschutz, den Klimaschutz, den Boden- und Gewässerschutz sowie geschlossene Stickstoff- und Phosphorkreisläufe massiv fördert und dafür den Verzicht auf Pestizide und auf fossil basierten Mineraldünger sowie eine fleischärmere Ernährung anstrebt?**

-Ja

Mit der Anpassung des Düngegesetzes haben wir in der abgelaufenen Legislaturperiode einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Ziel ist es, die Nährstoffzufuhr zu reduzieren, damit die Böden und auch das Wasser weniger belastet werden. Um zu kontrollieren, dass die Düngevorschriften eingehalten werden, werden in einer Stoffstrombilanz die Nährstoffzu- und -abfuhr der landwirtschaftlichen Betriebe erfasst. Am Widerstand der Union scheiterte aber unter anderem die Forderung nach einer schärferen Regelung der Phosphatdüngung, die maßgeblich zur alljährlichen Algenblüte in der Ostsee beiträgt. Die erfolgte Novelle des Düngegesetzes kann deshalb nur einen Zwischenschritt auf dem Weg zur wirksamen Reduzierung aller durch die Landwirtschaft verursachten Nährstoffüberschüsse sein. Ich werde mich für eine weitergehende Reform und für zusätzliche Forschungsausgaben mit dem Ziel einer nachhaltigen Landwirtschaft einsetzen.

**4. Werden Sie sich für den ökologischen Hochwasserschutz in Sachsen aussprechen und außerdem dem immer wieder geforderten Ausbau der Elbe entgegenreten?**

-Ja

Kommentar: Angesichts der verheerenden Hochwasser, denen sich Sachsen in den vergangenen Jahren ausgesetzt sah, sind Hochwasserschutzmaßnahmen ohne jeden Zweifel eine der vordringlichsten Aufgaben. Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes sind geboten, können aber allein keinen ausreichenden Schutz bieten. Ich werde mich deshalb dafür einsetzen, die in Sachsen in der Vergangenheit nicht gewährte Balance zwischen technischem und natürlichem Hochwasserschutz in Zukunft herzustellen. Die Elbe soll im Bundesverkehrswegeplan als „Nebenwasserstraße“ klassifiziert bleiben und nicht heraufgestuft werden. Die immer wieder diskutierte Vertiefung der Fahrrinne auf 1,60m bzw. 1,50m lehne ich ab.